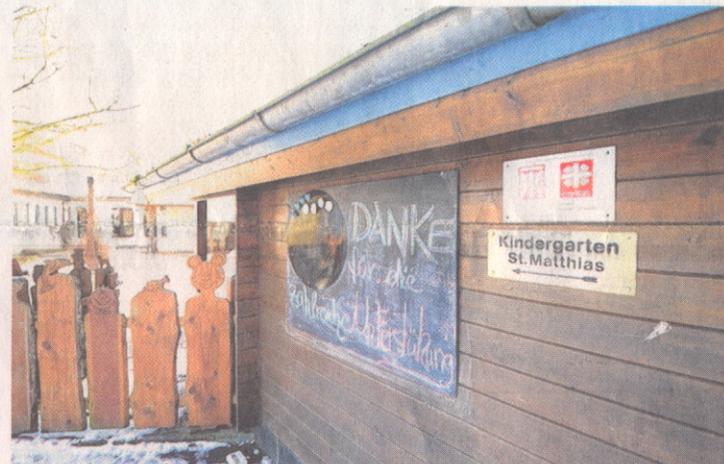


Kompromisse für mehr Betreuungsplätze

Fachausschuss: Kita Heinrich-Laakmann-Straße soll weiter bestehen / Förderung für katholischen Kindergarten

Der Kita-Neubau an der Steubenallee sollte das Gebäude an der Heinrich-Laakmann-Straße ablösen. Nun sieht der Sozialausschuss vor, beide Standorte parallel zu betreiben.



Mehr Betreuungsplätze sollen auch im katholischen St.-Matthias-Kindergarten entstehen: Der Sozialausschuss votierte für eine Förderung des geplanten Ausbaus. Die Stadt soll sich mit einem Drittel der veranschlagten Kosten beteiligen – auch, wenn die bis zu zehn Prozent steigen.

Mit so vielen Kindern, die in der Stadt betreut werden müssen, hatte vor wenigen Jahren offenbar noch niemand gerechnet. Nun übt sich die Politik darin, Kompromisse zu finden, um die jungen Achimer zügig unterzubringen. Der Sozialausschuss empfahl bei seiner jüngsten Sitzung unter anderem, dass die alte Kindertagesstätte an der Heinrich-Laakmann-Straße länger in Betrieb bleibt. Und er stimmte für eine Förderung des katholischen Kindergartens St. Matthias, der für eine weitere Gruppe ausgebaut werden soll.

VON TINA HAYESSEN

Achim. Ein ungewöhnlich lebendiger Sozialausschuss war es, der am Montagabend im Achimer Rathaus tagte. Das lag einmal an den vielen Kindern, die mit ihren Eltern dem zuhören wollten, was die Politik zum Thema Kita-Plätze zu sagen hat. Aber nicht nur die gut 60 Besucher, auch die Tagesordnung selbst stellte eine starke Diskussion in Ausblick. Schließlich gab es die eine oder andere weitreichende Abstimmung zu erwarten.

Die meisten der Zuhörer, stellte sich bald heraus, waren wegen des Kindergartens St. Matthias in den Sitzungssaal gekommen. Sie wollten wissen, ob die Stadt beab-

sichtigt, die katholische Einrichtung bei ihren Ausbauplänen finanziell zu unterstützen. Ziel der Bauherren ist, einen Anbau zu schaffen, sodass in Zukunft zwei Gruppen gleichzeitig betreut werden können. Gerade mit Blick auf die zurzeit enorm angespannte Betreuungsplatzsituation in der Stadt stand es sowohl für Politik als auch Verwaltung fest, einen Beitrag zu dem Umbau zu leisten. Erst bei der Frage nach dem „Wie viel?“ begann die Diskussion. Die Verwaltung hatte vor, die Förderung auf eine maximale Summe zu beschränken. Sinnvoll, befand Sozialdemokrat Herfried Meyer. Man müsse schließlich wissen, welchen Betrag die Stadt zu bewältigen hat. Zudem erhöhe der Umbau „den Sachwert eines privaten Trägers“ – und eben nicht der Stadt.

Die CDU sah das anders und beantragte, den Betrag nicht zu deckeln. Mit einer Beteiligung von einem Drittel der Kosten mache Achim ein gutes Geschäft, verdeutlichte Karl-Heinz Lichter (CDU). Eine weitere Betreuungsgruppe sei immerhin ein „großer Vorteil für die Stadt“. Einen Kompromiss brachte schließlich Michael Ravens vor, der als Architekt den Anbau betreut. Er schlug als Kompromiss vor, dass sich die

Stadt – zusätzlich zu den eingeplanten 232 000 Euro – an bis zu zehn Prozent Mehrkosten beteiligt. Ein Vorschlag, auf den sich alle Ausschussmitglieder einigen konnten.

Keinen wirklichen Königsweg gab es beim großen Thema Kita Heinrich-Laakmann-Straße: Die Kindertagesstätte, die eigentlich geschlossen werden sollte – wofür der Neubau an der Steubenallee entstand – soll nun nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig bestehen bleiben. Mittelfristig, das bedeutet bis zu knapp 30 Jahre, erklärte die Beschlussvorlage. Die Verwaltung hatte mehrere Möglichkeiten vorgestellt, wie der große Betreuungsplatzmangel kurzfristig in den Griff zu bekommen sei. Möglich sei etwa, den Altbau kernsanieren zu lassen und langfristig zu nutzen oder eine mobile Kindertagesstätte, sprich: Container, am alten Standort aufzubauen.

Auch ein Neubau stand auf der Vorschlagsliste – entweder am alten Standort oder im Industriegebiet Baden. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder sprach sich schließlich für die von der Verwaltung favorisierte Variante B aus. Das bedeutet, dass das dringend Notwendige an Sanierungs-



Scannen Sie das Bild oben und sehen Sie sich ein Video zu dem Thema an. Siehe Anleitung Seite 1.

arbeiten an der alten Kita erledigt werden soll.

Für diese Variante müssen die Kinder der Kita allerdings für einige Zeit umziehen – in Container. Mit sechs bis acht Monaten Bauzeit müsse man rechnen, erklärte die Verwaltung. Sie nimmt außerdem Baukosten in Höhe von 650 000 Euro an, sowie 50 000 Euro für die Ausstattung und noch einmal 38 000 Euro für die zwischenzeitlich aufgestellten Container. Hinzu kommt, dass die Stadt bei dieser Lösung den geplanten Verkauf des Geländes nicht umsetzen kann – womit auch diese Einnahme fehlt.

Den weiteren Betrieb der alten Kita aufrecht zu erhalten, für die Ausschussmitglieder war das offenbar nicht der ideale Weg. Sie haderten mit der Entscheidung. Dennoch setzte sich schließlich der Wille durch, zügig Betreuungsplätze zu schaffen. „Man sollte der Verwaltung schnellstmöglich grünes Licht geben“, formulierte es Lars Gagelmann (WGA). Gabriele Sommer (Grüne) meinte: „Wir haben über 70 Kinder auf der Warteliste, wir müssen uns dringend entscheiden.“ Allein die CDU sah das anders – und enthielt sich bei dem Votum, das ansonsten einstimmig ausfiel. Für Karl-Heinz Lichter (CDU) kam die Abstimmung einem Schnellschuss gleich. „Mir fehlt hier die Konkretisierung“, bemängelte er.